

DSTG *magazin* 6

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Juni 2003
52. Jahrgang



Von links nach rechts: Abteilungsleiter für Organisation und Personal Klaus-Peter Behnke, Vorsitzender des DSTG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz Detlef Stoltz, dbb-Landesbundsvorsitzende Brigitte Stopp, DSTG-Chef Dieter Ondracek, Finanzminister Gernot Mittler, Steuerabteilungsleiter Werner Widmann.

Dambruch bei den Öffnungsklauseln

Personalabbau fördert Einbruch der Steuern

Dem Teufel klang Protest in den Ohren

**dbb Seiten
17–48**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn die Verteilungsspielräume enger werden oder wenn gar Lasten verteilt werden müssen, wird der Ruf nach gerechten Regeln lauter denn je. Demokratie braucht Steuerrechtlichkeit. Dies ist das Motto unseres Steuer-Gewerkschaftstages, der in diesem Monat in Berlin stattfinden wird. Dort werden die Defizite aufgezeigt, die diesen sensiblen und aktuellen Punkt betreffen.

Gerechtigkeit fordern Sie und wir auch bei der Bezahlung des öffentlichen Dienstes ein. Wenn in der Privatwirtschaft im Durchschnitt Lohnabschlüsse zwischen 3 und 3,6 % vereinbart werden, obwohl es der Wirtschaft doch schlecht geht, sind die 2,4 % im öffentlichen Dienst für das Jahr 2003 keinesfalls überhöht. Und dennoch jammern und klagen die Politiker, dass die Prozentzahl, die sie im Tarifbereich unterschrieben haben, zu hoch ausgefallen sei. Dies ist unehrlich!

Ungerecht ist es, wenn die gleichen Politiker, die nach Verhandlungen 2,4 % unterschrieben haben bei der Beschäftigtengruppe der Beamten sich aus dem Tarifergebnis, das alle verbal voll auf die Beamten übertragen wollten, mit allerlei üblen Tricks trotz fester Zusagen herausstehlen wollen. Bundesinnenminister Schily tut dies, indem er das Tarifergebnis mit 3 Monaten Zeitverzögerung für die Beamtenbesoldung in Kraft setzen will. Für die Beamten bedeutet dies auf das Jahr 2003 bezogen eben nicht 2,4 sondern $\frac{1}{4}$ weniger, also nur 1,8 %.

Dieser Abschlag ist den Ländern, für die der Bayerische Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser den Tarifvertrag unterschrieben hat, immer noch zu viel. Sie wollen sich beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld schadlos halten. Urlaubs- und Weihnachtsgeld waren aber niemals freiwillige Leistungen oder milde Gaben, sondern feste Bestandteile des Jahresgehaltes. Wer hier absenken will, greift treuwidrig in feste Gehaltsbestandteile ein.

Diese Manipulation ist zutiefst ungerecht, demotivierend und frustrierend zugleich. Dagegen wehren wir uns. Gegen diese Versuche, Unrecht umzusetzen, demonstrieren wir.

Die Politiker des Landes Baden-Württemberg, einem Land, das verbal für das Berufsbeamtentum eintritt, weil es klar die Vorteile für seinen Bereich erkennt, möchte bei den negativen Entwicklungen vorangehen. Die Regierung erhöht die Arbeitszeit der Beamten auf 41 Wochenstunden, obwohl die einstige Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden von den Beamten durch Gehaltsverzicht bezahlt wurde und beabsichtigt beim Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld die Beamten zu bestehlen. Der Ärger und Protest der Baden-Württemberger Kolleginnen und Kollegen ist laut vernehmlich und wurde am Samstag, dem 24. Mai 2003 am Rande des CDU-Parteitag in Pforzheim deutlich artikuliert. 16.000 Kolleginnen und Kollegen aus allen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes protestierten vor dem Tagungsgebäude. Der starke DSTG-Anteil war deutlich sichtbar. Allen Kolleginnen und Kollegen, die nicht nur schimpfen und klagen, sondern aktiv etwas gegen die Ungerechtigkeit tun, gilt unsere Anerkennung und unser Dank. Als DSTG-Bundesvorsitzender habe ich mit Euch 3.000 Engagierten Flagge gezeigt. Wo aber waren die Anderen? Bequemlichkeit führt zu Gehaltseinbußen. Dies muss jedem klar sein.

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr
Dieter Ondracek*

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Fotos: M. Darching, DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 23 gültig ab 1. Januar 2002. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. HERAUSGEBER DER dbb-SEITEN: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, S (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. Internet: www.vva.de. E-Mail: magazin@dbb.de. Chefredaktion: Dr. Walter Schmitz, Rüdiger von Woikowsky; Redaktion: Jan Brenner, Britta Müller, Siegfried Speichert, Dr. Frank Zitka; Redaktionssekretärin: Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Gestaltung: MarianNeugebauer. Fotos: dpa, Fiegel, MEV. Verlag: dbb Verlag GmbH. Verlagsort und Bestellschrift: Reinhardtstr. 29, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. Versandort: Düsseldorf. Herstellung und Anzeigen: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann. Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrisovergis, Tel. (02 11) 73 57-6 68, Anzeigenposition: Nadine Meier auf der Heide, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 44 (dbb magazin). Druckauflage dbb magazin: 630.250 Exemplare (IVW 3/2002). Vertrieb: Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. Anzeigenschluss: 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

Dammbruch bei Öffnungsklauseln	4
Personalabbau fördert Einbruch der Steuern	5–6
Dem Teufel klang Protest in den Ohren	6–7
Gewerkschaftliches engagement vermittelt	8
Umsatzsteuerbetrug ist europäische Krankheit	8
Absolute Mehrheiten für die DSTG	10
Vorankündigung	
15. Steuer-Gewerkschaftstag	11
Finanzministerin aktiv beim 10. Sportfest der Brandenburger Finanzverwaltung	12
Vom Abbau der Steuervergünstigungen bleibt nur ein Torso	14
Tauschcke	15

dbb

Berufspolitik:	
Frühjahrsitzung des Bundeshauptvorstandes	17–18
Beteiligungsgespräch beim BMI	18–19
Vorschläge der Bull-Kommission	22–23
Tarifpolitik:	
Modernisierung des öffentlichen Tarifrechts	24
Robert Dera zum TdL-Austritt aus Arbeitgeberverband	24
3. Symposium der dbb tarifunion	25
Politik aktuell:	
Länderchefs auf Ego-Trip	26
Aktuell:	
Faule Tricks am Tankwagen	27
Frauen im dbb:	
Aktion zur Kinderbetreuungsquote	30
Betreuung fördern	31
dbb vorsorgewerk	32
75 Jahre BHW	33
Meinung:	
Wo der Staat auch sparen könnte...	37
Online im dbb	38
EU aktuell	40
Bundestagslauf 2003	40
Jugend im dbb	42
Senioren im dbb	43
Interview:	
Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung	46–47

Dammbruch bei den Öffnungsklauseln

Auf Initiative des Rheinland-Pfälzischen Finanzministers Gernot Mittler fand ein ausführlicher Meinungsaustausch mit dem DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, dem DSTG-Landesvorsitzenden Detlef Stoltz und der Vorsitzenden des dbb-Landesbundes Brigitte Stopp statt. Neben Finanzminister Mittler nahmen die Spitzenbeamten Steuerabteilungsleiter Werner Widmann und der Abteilungsleiter für Organisation und Personal Klaus-Peter Behnke teil. Ausführlich wurde über die Besoldungsanpassung und die Öffnungsklauseln gesprochen. Zum Zeitpunkt des Gesprächs verabschiedete das Bundeskabinett in Berlin die entsprechenden Gesetzentwürfe für die Besoldungserhöhung und die Öffnungsklauseln. Die DSTG-Vertreter machten deutlich, dass es für die zeitliche Verzögerung der Besoldungsanpassung keinen sachlichen Grund gäbe und dies nur als Sonderopfer für die Beamten bezeichnet werden könne. Die Gesprächspartner waren sich aber einig, dass Verbesserungen nicht mehr erreichbar sei-

en. Nach Inkrafttreten des Gesetzes zu den Öffnungsklauseln liegt es an den Ländern, wie sie diese Öffnungsklauseln nutzen. Hier machten die DSTG-Vertreter deutlich, dass sie keine Rechtfertigung für Kürzungen oder Streichungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld sehen. Die Gesprächsteilnehmer bedauerten, dass die bundeseinheitliche Regelung, die vom Beamtenbund gesucht wurde, nicht durchsetzbar war. Finanzminister Mittler stellte heraus, dass Rheinland-Pfalz das Modell des dbb bis zuletzt unterstützt habe, weil er es für sachgerecht und tragfähig hielt. Rheinland-Pfalz war auch das einzige Land, das im Bundesrat nicht für die Öffnungsklauseln gestimmt hat. Gleichwohl müsste man nun davon ausgehen, dass diese Regelung Gesetz wird. Minister Mittler betonte, dass es in Rheinland-Pfalz noch keine politische Entscheidung gibt, wie mit den Öffnungsklauseln umgegangen wird. Er könne sich mit seinem finanzschwachen Bundesland Rheinland-Pfalz aber nicht an die Spitze der Bewe-

gung setzen. Rheinland-Pfalz wird die Entscheidung der umliegenden Länder Baden-Württemberg und Hessen verfolgen und im Laufe des Monats Juni die politische Entscheidung treffen. Er vermutet, dass in Rheinland-Pfalz eine Absenkung des Weihnachtsgeldes erfolgen wird. Die DSTG-Vertreter kritisierten nachdrücklich, dass sie ein solches Vorgehen als ein ungerechtes Sonderopfer der Beamten empfänden. Der Blick nach Baden-Württemberg sei jedenfalls nicht empfehlenswert. Dort komme es bereits zu einer großen Protestveranstaltung wegen der von Ministerpräsidenten Teuffel angekündigten Spar- und Streichmaßnahmen. Weiter wiesen die DSTG-Vertreter darauf hin, dass die Finanzminister die Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter im Auge haben müssen, denn frustrierte Mitarbeiter sind keine guten Mitarbeiter. Über kurz oder lang schlage sich die Demotivation in zusätzlichen Einnahmeausfällen nieder. Im weiteren Verlauf wurde über die steuerpolitischen Maßnahmen und die daraus

resultierende Mehrarbeit gesprochen. So zeichnet sich bei der Neuordnung der Rentenbesteuerung eine Zusatzbelastung ab. Die Abgeltungssteuer vereinfacht nichts, sondern bringe weitere Komplikationen und Unsystematiken. Außerdem ist sie ungerecht, weil es auf eine Privilegierung der Einkommen aus Kapitalvermögen hinaus laufe. Auch die geplante Amnestie hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Der ehrliche Steuerzahler muss sie als ein Ärgernis empfinden. Minister Mittler räumte ein, dass es in den verschiedenen Gremien noch heiße Diskussionen gäbe, die durchaus noch Änderungen in den Planungen ergeben können.

Breiten Raum nahm im Gespräch auch das Thema der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung ein. Hier waren sich die Gesprächsteilnehmer einig, dass es erhebliche Defizite gibt. Das bestehende Mehrwertsteuersystem mit der Vorsteueranrechnung ist betrugsanfällig und lade die organisierte Kriminalität geradezu zu ihren Machenschaften ein. Deswegen müsse das System geändert werden. Hier warb Minister Mittler erneut für sein Modell, das in der Kette die Unternehmensumsätze steuerfrei stelle und damit eine Vorsteueranrechnung wegfallen würde. Die DSTG-Vertreter stimmten mit Minister Mittler darüber überein, dass dies ein wirksamer Ansatz sei, den großen Schaden, der sich allein in Deutschland in zweistelligen Milliardensummen belaufe, wirksam zu bekämpfen. Die DSTG-Vertreter sicherten zu, dass sie das Modell von Minister Mittler im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen werden. Das Gespräch fand in einer offenen, vertrauensvollen Atmosphäre statt. Minister Mittler zeigte sich für die Anliegen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft offen. Die Fortsetzung des Gesprächs wurde vereinbart.

Personalabbau fördert Einbruch der Steuern

Am 6. und 7. Mai 2003 veranstaltete der DSTG-Landesverband Berlin seinen Gewerkschaftstag

Bei der öffentlichen Veranstaltung verwies der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Berlin, Detlef Dames, auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen fortschreitendem Stellenabbau in der Steuerverwaltung und massivem Steuereinbruch in Bund und Ländern. Die Aussage des Finanzsenators Dr. Sarrazin, wonach speziell das Land Berlin kein Einnahmeproblem habe, sei erstaunlich, wenn man sich vor Augen führe, dass die Einnahmen Berlins zu einem großen Teil aus Subventionen des Bundes und aus Zuflüssen aus dem horizontalen Finanzausgleich stammen. Dames beklagte vor diesem Auditorium – darunter zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Verwaltung –, dass sich die Politik nicht an früher getroffene Vereinbarungen halte und auch die Finanzverwaltung massiv in weitere Sparmaßnahmen einbeziehe. Die Spitze der DSTG war u. a. durch den Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, die stellv. Bundesvorsitzende Anne Schauer, den stellv. Bundesvorsitzenden Joachim Rothe, Bundesgeschäftsführer Rafael Zender, die Bundesfrauenvertreterin Andrea Sauer-Schnieber sowie den Ehrenvorsitzenden der DSTG, Hermann Fredersdorf, vertreten. Anwesend waren zudem zahlreiche Landes- und Bezirksvorsitzende der DSTG bzw. deren Vertreter.

Dames berichtete, dass Berlin in der Personalausstattung mit minus 13 % nach PersBB-Berechnung bundesweit an drittletzter Stelle liege. Statt 670 Stellen neu anzumelden, würden 300 Beschäftigte für



Der wiedergewählte Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, Kollege Detlef Dames, bei seiner Begrüßungsrede.

überflüssig erklärt und dem Personalüberhang gemeldet. Die Steuerverwaltung könne in einer solchen Situation ihre Aufgabe nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen. Den Angaben der Steuerbürger in den Steuererklärungen müsse in der Regel Glauben geschenkt werden, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft wachsen in einem erschreckenden Tempo. Dames wies unter Beifall der Zuhörer darauf hin, dass endlich auch die Politik ihrer Verantwortung zur Beseitigung dieser Zustände nachkommen

müsse. Die Politik trage aber auch Verantwortung für eine angemessene Unterbringung in Bürogebäuden bzw. eine zeitgemäße Sachmittelausstattung der Finanzverwaltung. Noch vor drei Jahren hätten auf Finanzamtsschreibtischen 486-er Personalcompu-

ter gestanden, Geräte, die aus Sicht der heutigen technikbewussten Jugend nicht einmal mehr als einfachste Spielcomputer taugen würden.

Dames lenkte den Blick auch auf das Problem, dass die Politik die Finanzverwaltung nicht vor Diffamierungen schütze. Die Wut und Enttäuschung der Bürger, die vom Staat und von der Obrigkeit enttäuscht seien, werde in den Finanzämtern abgeladen, Journalisten transportierten dumme Vorurteile, die Politik ducke sich weg und schlage oftmals selbst in diese Kerbe.

Dieter Ondracek bei seinem Referat vor den Teilnehmern der Kundgebung des Landesverbandes Berlin.



Die zunehmende Distanz der öffentlichen Arbeitgeber zu ihren Beschäftigten werde durch den Sanierungspakt und die aktuellen Tarifverhandlungen in Berlin überdeutlich. Es werde der Eindruck vermittelt, dass der öffentliche Dienst lediglich Kostenverursacher sei und somit an der schlechten Haushaltslage des Landes die Alleinschuld trage. Dies zeigten die „Rasenmähermethoden“, mit denen Einkommens- und Leistungskürzun-

gen vorgenommen werden sollen.

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek unterstrich, dass der Staat ein augenscheinliches Einnahmeproblem habe, da trotz Wirtschaftswachstum das Steuervolumen drastisch sinke. Er gab einen Überblick über aktuelle Gesetzgebungsverfahren und wies an Einzelbeispielen nach, dass vor allem ein gesetzliches Vollzugsdefizit bestehe. Dieser Mangel würde nicht durch immer neue Steuerarten beseitigt. Notwendig sei eine effektive und zielgenaue Besteuerung von Erträgen durch eine Finanzverwaltung, die personell und materiell so ausgestattet sein müsste, dass sie ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen könne.

Der Vorsitzende des dbb Berlin, Jetschmann, gab einen Überblick über den Fahrplan für die weiteren Berliner Tarifverhandlungen.

Der Vertreter der Senatsverwaltung für Finanzen, Wilhelm Henning, führte aus, dass die Arbeit der Berliner Finanzverwaltung im Vergleich zu anderen Landesverwaltungen als gut zu bewerten sei. Insgesamt stehe die öffentliche Verwaltung jedoch unter einem immensen Kosteneinsparungsdruck. Auch die politischen Vertreter wiesen nochmals auf die schwierige Finanzsituation der Stadt Berlin hin. Insoweit müssten neue und unkonventionelle Wege gegangen werden. Wichtig sei aber, dass Veränderungen von Seiten der Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung mitgetragen werden. Insoweit sei von der Politik ein kontrollier- und absehbarer Weg vorzugeben.

Landesleitung im Amt bestätigt

Bei den Wahlen der Landesleitung wurde der bisherige Landesvorsitzende Detlef

Dames mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Die Kolleginnen Rita Roge und Christa Röglin sowie die Kollegen Bernd Raue, Frank Schröder, Mario Moeller sowie Jürgen Köchlin wurden zu Dames Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter gewählt.

Der Justitiar des DSTG-Landesverbands Berlin, Kollege Gisbert Sauer, erhielt die Ehrenmitgliedschaft des Landesverbands.

Im Mittelpunkt der Sachberatungen des Gewerkschaftstages standen neben der Behandlung zahlreicher Anträge zwei Entschließungen zum Umgang des Senats mit den Beschäftigten des Landes Berlin und der aktuellen Tarifrunde auf der Tagesordnung. Darin fordert der DSTG-Landesverband Berlin den Senat auf, fair mit den Kolleginnen und Kollegen umzugehen, vor allem Verunglimpfungen und Schuldzuweisungen müssten sofort aufhören. Eine Kürzung von Urlaubsgeld und Sonderzuwendungen wurde strikt abgelehnt, da die Mehrzahl der Beamten, die dem mittleren und gehobenen Dienst angehörten, eine Kürzung ihrer Jahreseinkommen von ca. 7,3 % finanziell nicht verkraften könnten. Der ziellose Personalabbau, der sich weiter fortsetzt, sei zu stoppen. Eine umfassende Aufgabenkritik sei notwendig. Kein Wirtschaftsunternehmen könne sich leisten, Personal abzubauen, ohne vorher die Aufgabenerfüllung gegenüber dem Kunden geprüft zu haben.

In seinem Schlusswort mahnte Dames die politischen Verantwortlichen, dass nicht nur allein das Sparziel, sondern auch die Belange der Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung Beachtung finden müssten, um gemeinsam die Probleme der Stadt meistern zu können.

Dem Teufel klang Protest in den Ohren



Mehr als 16.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes protestierten am Randes des CDU-Parteitag am 24. Mai in Pforzheim gegen die Stuttgarter Landesregierung und gegen die Pläne des Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Baden-Württemberg hat angekündigt, aus der Tarifgemeinschaft der Länder auszu-

treten. Die Regierung erhöht die Arbeitszeit für Beamte auf 41 Wochenstunden und will das Urlaubsgeld streichen. Das Weihnachtsgeld soll abgesenkt werden. Diese Absichten führten zu einer gemeinsamen Protestaktion aller im DGB und dbb vereinigten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Der Unmut und Ärger in



Die Steuer-Gewerkschaft



Jahresgehältes aufgebaut wurden. Wer nach Gutdünken Jahresbezüge kürzt, handelt treuwidrig. Dienstherren, die treuwidrig handeln, stören das Rechts- und Pflichtengefüge des Berufsbeamtentums. Eine solche Störung hat nachteilige Folgen für das Land. Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg haben ein Anrecht auf einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst. Die Landesregierung darf den gut funktionierenden öffentlichen Dienst, der derzeit anzutreffen ist, nicht mutwillig kaputt machen. Mehr als 16.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in



Baden-Württemberg ist groß. Ministerpräsident Erwin Teufel bedient sich nach Gutsherrenart bei den Beschäftigten seines Landes. Er erhöht Arbeitszeiten für Beamte obwohl die einstige Arbeitszeitverkürzung von den Beamten selbst bezahlt wurde. Diese Maßnahmen werden von den Betroffenen als Diebstahl empfunden. Teufel greift Urlaubs- und Weihnachtsgeld an, obwohl beide Positionen keine Almosen oder Sonder- und Zusatzzahlungen sind, sondern über mehrere Gehaltsrunden unter Verzicht auf Prozenterhöhungen als besonderer Teil des

Baden-Württemberg wehrten sich Opferlämmer zu sein. Wir lassen uns nicht auspressen, war das Motto. Mehr als 3.000 Kolleginnen und Kollegen der DSTG beteiligten sich an der Protestdemonstration. Auch der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek war aus Solidarität angereist und zeigte mit den Mitgliedern Flagge. Leider waren aber nicht alle, die jammern und klagen und sich bei ihrer Gewerkschaft beschweren nach Pforzheim gekommen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Dies muss sich jeder, der nicht dabei war ins Stammbuch schreiben.

Gewerkschaftliches Engagement vermittelt



DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek und stellvertretender Bundesvorsitzender Dr. Rainer Ullrich sowie Mitglieder des Bundeswerbeausschusses mit den Teilnehmern des Seminars aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die Mitglieder des DSTG-Werbeausschusses und Vertreter der Ortsverbände des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern unter Leitung des

stellv. Bundesvorsitzenden, Dr. Rainer Ullrich, trafen vom 12. bis 14. Mai zu einem Seminar in Berlin zusammen. In einem regen Meinungsaustausch dis-

kutierten die engagierten Kolleginnen und Kollegen die gesamte Palette gewerkschaftlicher Ortsverbandsarbeit. Sie konnten die Erfahrung sam-

eln, dass gewerkschaftliche Betreuung der Mitglieder eine wesentliche Aufgabe zum Erhalt demokratischer Strukturen ist. Hautnah wurden ihnen die Erfahrungen des Vorsitzenden eines großen westlichen Ortsverbandes vermittelt. Außerdem lernten die Teilnehmer das Zusammenspiel von Gewerkschaft und Personalvertretung aus erster Hand kennen. Die Kolleginnen und Kollegen des Werbeausschusses mit Stefan Bayer, Hans-Holger Büchler, Annelie Hauptvogel, Hans-Jürgen Schnieber, Werner Siggelkow und Daniela Werner referierten und diskutierten mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Ortsverbänden und motivierten sie, die Gewerkschaftsarbeit im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern stärker voran zu bringen.

DSTG-Chef Dieter Ondracek informierte die Gruppe über die aktuelle gewerkschaftspolitische Arbeit auf Bundesebene.

Umsatzsteuerbetrug ist europäische Krankheit

Am 21. Mai 2003 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Symposium zum Thema Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Erhöhung der Steuerehrlichkeit. In drei Foren wurden Erscheinungsformen und Dimension der Steuerhinterziehung bei der Einkommensteuer, Umsatzsteuer sowie bei der Besteuerung von Zinsen und privaten Veräußerungsgewinnen beleuchtet.

Namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie aus Beratungsberufen, darunter der Minister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz Gernot Mittler, der Leiter der Steuerabteilung im Bundesministerium der Finanzen Gerhard Juchum, Frau Gabriele Frechen (MdB, Mitglied des Finanzausschusses) referierten über verschiedene Modelle zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

In diesem Referentenkreis war die DSTG mit dem stellv. Vorsitzenden Manfred Lehmann vertreten, der zu den Erscheinungsformen und Dimensionen des Umsatzsteuerbetrugs vortrug. Lehmann machte deutlich, dass sich der Umsatzsteuerbetrug nicht nur zu einem nationalen, sondern in den letzten Jahren auch zu einem Problem von europäischer Dimension entwickelt habe, denn auch Länder wie Frankreich, England, Belgien und Italien hätten in jüngster Zeit massive Umsatzsteuereintrübe zu verzeichnen. Bei mindestens 60 Mrd. Euro Hinterziehungsvolumen in Europa werde deutlich, dass auch auf dieser internationalen Ebene dringender Handlungsbedarf bestehe. Manfred Lehmann erläuterte an Hand von Untersuchungen des Bundeskriminalamtes, aber

auch an Beispielsfällen aus der Finanzverwaltung, dass hinter Umsatzbetrügereien Organisationsformen mit höchster krimineller Energie stecken.

In der Podiums- und Plenumsdiskussion wurde der Fokus vor allem auf die geplante Einführung einer Abgeltungssteuer auf Zinsen und Veräußerungsgewinne sowie die damit zusammenhängende Steueramnestie und die Auswirkungen einer Lockerung des Bankgeheimnisses gerichtet. Es sei auf Grund der derzeitigen tagespolitischen Geschehnisse nicht damit zu rechnen, dass die 25-prozentige Abgeltungssteuer sowie die Steueramnestie zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten werden, sondern wohl erst zum 1. Januar 2004. Dies verschärfe zusätzlich die Haushaltslage, da die geplanten einmaligen 5 Mrd. Euro aus der Abgeltungssteuer ausbleiben würden. Kritisiert wurde, dass sich die Abgeltungssteuer nur schwer in das bestehende Besteuerungsgefüge

einfüge, sich andererseits neben jährlichen Steuerverlusten in Höhe von ca. 3 Mrd. Euro Folgeprobleme herleiten, die derzeit noch nicht absehbar seien.

Insgesamt war die Veranstaltung geprägt von einem hohen und konstruktiven Diskussionsniveau.

Absolute Mehrheiten für die DSTG

A. Freistaat Sachsen

Erste Ergebnisse der Personalratswahlen 2003 im Geschäftsreich des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

I. Hauptpersonalrat beim SMF

1. Wahlbeteiligung

gesamt	73,05 %
Beamte	71,24 %
Angestellte	74,60 %
Arbeiter	96,56 %
Die Wahlbeteiligung betrug 1999 insgesamt	73,90 %

2. Sitzverteilung auf die Gruppen und Listen

DSTG errang insgesamt 12 Sitze (57,14 %).

Liste	Beamte	Angestellte	Arbeiter
DSTG	8	2	1
Ver.di	1	4	1
Freie Wähler	2	–	–
Riesa	–	–	–
Prüfer	2	–	–
Gesamt 21	13	6	2

Hinzu kommt von der Liste „Freie Wähler“ 1 DSTG-Mitglied.
Zum Vorsitzenden des HPR wurde Kollege Peter Kutschera gewählt.

II. Bezirkspersonalrat (L) bei der OFD

1. Wahlbeteiligung

gesamt	72,49 %
Beamte	71,63 %
Angestellte	75,47 %
Arbeiter	71,62 %
Die Wahlbeteiligung im Jahr 1999 war	74,90 %

2. Sitzverteilung auf die Gruppen und Listen

Die DSTG errang insgesamt 17 Sitze (80,95 %).

Liste	Beamte	Angestellte	Arbeiter
DSTG	10	4	2
Ver.di	–	–	–
Freie Liste Riesa	1	–	–
Freie Wähler	2	–	–
Die Prüfer	2	–	–
Gesamt 21	15	4	2

Hinzu kommt 1 DSTG-Mitglied der Liste „Freie Wähler“.

Zum Vorsitzenden des BPR wurde der DSTG-Landesvorsitzende Sachsen und stellvertretende Bundesvorsitzende Kollege Joachim Rothe gewählt.

III. Gesamtpersonalrat beim Landesamt für Finanzen

Zu wählen waren 11 Mitglieder in der GPR.

Die Listen der DSTG erhielten 8 Sitze (72,73 %).

Liste	Beamte	Angestellte	Arbeiter
DSTG	6	2	–
Ver.di	2	1	–
Gesamt 11	8	3	–

Zur Vorsitzenden wurde Kollegin Ursula Stiegler gewählt.

IV. Haupt- und Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung

Für beide Vertretungen reichte nur die DSTG Listen ein.

Gewählt wurden für

Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung	7 Kandidaten der DSTG
Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung	6 Kandidaten der DSTG

Hervorragende Ergebnisse in den Personalratswahlen konnte die DSTG auch in den Nordländern Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg erzielen.

B. Schleswig-Holstein

HPR: Die DSTG errang 8 von 11 Sitzen.

Beamte:	8	–	DSTG:	6
Angestellte:	2	–	DSTG:	1
Arbeiter:	1	–	DSTG:	1

In den 21 örtlichen Personalräten stellt die DSTG 20 Personalratsvorsitzende.

C. Freie und Hansestadt Hamburg

HPR: Von den insgesamt 19 Sitzen errang die DSTG 16 Sitze.

Beamte:	14	–	DSTG:	12
Angestellte:	4	–	DSTG:	3
Arbeiter:	1	–	DSTG:	1

Vorankündigung Berlin, 23. bis 26. Juni 2003

15. Steuer-Gewerkschaftstag

Der 15. Steuer-Gewerkschaftstag findet am 25. und 26. Juni 2003 im Hotel Berlin in Berlin statt. Er steht unter dem Motto:

„Demokratie braucht Steuergerechtigkeit“

Erwartet werden über 400 Delegierte und Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik.

Aufgabe des Steuer-Gewerkschaftstages ist es, die Grundlinien der Gewerkschaftsarbeit für die nächsten Jahre festzulegen. Hierzu werden dem Gewerkschaftstag zahlreiche Anträge zu allen Bereichen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung vorliegen. Höhepunkt des Gewerkschaftstages wird die öffentliche Kundgebung sein. Der vorläufige Zeitplan beinhaltet:

23. Juni: Sitzung von Bundesleitung und Bundeshauptvorstand (nicht öffentlich)

24. Juni: Fortsetzung der Sitzung des Bundeshauptvorstandes (nicht öffentlich)

**25. Juni: 15. Steuer-Gewerkschaftstag –
9.00 Uhr: Arbeitstagung (öffentlich)
14.00 Uhr: öffentliche Kundgebung**

**26. Juni: 15. Steuer-Gewerkschaftstag –
10.00 Uhr: Fortsetzung der Arbeitstagung (öffentlich)
ca. 13.00 Uhr Sitzungen der Bundesfrauenvertretung und Tarifkommission (nicht öffentlich)**

*Die nächste Ausgabe unseres DSTG Magazins
erscheint als Doppelausgabe 7/8 - 2003
Anfang August*

Finanzministerin aktiv beim 10. Sportfest der Brandenburger Finanzverwaltung

Für das 10. Sportfest der Brandenburger Finanzverwaltung, das von der DSTG mit dem Organisationsteam um Michael Hädecke organisiert wurde, hatte Finanzministerin Dagmar Ziegler nicht nur die Schirmherrschaft übernommen. Vielmehr nahm die Finanzministerin, wie auf dem Bild zu sehen, selbst aktiv an den Tischtennis-Wettkämpfen teil. Mit mehr als 750 gemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 23 Dienststellen fand das 10. Sportfest der Brandenburger Finanzverwaltung zum sechsten Mal in Königs Wusterhausen statt. Begonnen hatte alles vor 10 Jahren mit Unterstützung des damaligen Finanzministers Klaus-Dieter Kühbacher, der von der Idee der DSTG in Brandenburg ein Sportfest für die Beschäftigten in der Finanzverwaltung durchzuführen, begeistert war. Damals noch mit 200 Teilnehmern, spricht ein Anwachsen auf mehr als 750 Teilnehmer für die Qualität der Veranstaltung.



DSTG

**Es gibt
keine
Alternative**

Vom Abbau der Steuervergünstigungen blieb nur ein Torso

Bundestag und Bundesrat haben sich im Vermittlungsausschuss auf eine geänderte Fassung des Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz) geeinigt. Maßnahmen zur Streichung der Eigenheimzulage bzw. Heraufsetzung der Dienstwagensteuer, die für Wirbel gesorgt hatten, sind in diesem Kompromiss nicht mehr enthalten.

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz novelliert körperschaftsteuerrechtliche Regelungen; danach soll das noch bestehende Guthaben aus der Körperschaftsteuer mit Einführung eines dreijährigen Moratoriums und anschließend ausschüttungsabhängiger jährlich begrenzter Guthabenerstattung gestreckt werden. Dieses Moratorium soll am 1. Januar 2003 bzw. mit dem Ende des abweichenden Wirtschaftsjahres im Laufe des Jahres 2003 beginnen und zum 31. Dezember 2005 enden. Altes Recht – und damit unbegrenzte Erstattung – soll aus Vertrauensschutzgründen noch für solche Gewinnausschüttungen gelten, die entweder vor dem 21. November 2002 beschlossen wurden oder vor dem 12. April 2003 erfolgt sind. Nach Ende des Moratoriums wird das Körperschaftsteuerguthaben abhängig von den jährlichen ordentlichen Gewinnausschüttungen im Verhältnis 1 zu 6 erstattet. Diese Begrenzung der Guthabenerstattung ergibt sich zusätzlich dadurch, dass jährlich nur der Bruchteil des Gesamtguthabens ausgezahlt werden kann, der bei

einer fiktiven, linearen Verteilung des Guthabens auf die Restlaufzeit bis zum Jahre 2019 entfielen. Damit soll gewährleistet werden, dass das Körperschaftsteuerguthaben bei Vornahme entsprechender Gewinnausschüttungen in vollem Umfang zur Auszahlung gelangt. Die Verfallsfrist für die Körperschaftsteuererminderung und die Körperschaftsteuererhöhung wird um drei Jahre auf 2019 verlängert.

Des Weiteren gilt eine Organschaft künftig erst für das Wirtschaftsjahr, in dem ein Gewinnabführungsvertrag ins Handelsregister eingetragen wird. Damit wird die rückwirkende Anerkennung einer Organschaft bereits für das laufende Wirtschaftsjahr abgeschafft, wenn in diesem Zeitraum der Gewinnabführungs-

vertrag abgeschlossen und bis zum folgenden Wirtschaftsjahr durch Eintragung ins Handelsregister wirksam wird.

Ferner wird die so genannte Mehrmütterorganschaft künftig nicht mehr anerkannt.

Nach derzeitigem Recht wird eine Organschaft steuerlich unter anderem dann anerkannt, wenn der Gesellschafter die Mehrheit der Anteile an der Gesellschaft besitzt. Schließen sich mehrere Anteilseigner, die für sich nicht diese Voraussetzungen erfüllen, formal zu einer so genannten Willensbildungs-GbR zusammen, die rechnerisch die Mehrheit der Anteile besitzt, kommt es im Ergebnis zur Anerkennung der Organschaft im Verhältnis zu diesen Anteilseignern. Solche Gestaltungsmöglichkeiten sollen zukünftig ausgeschlossen werden.

Ferner kommt es zu einer Beschränkung der Gewinn-Verlust-Verrechnung aus stillen Gesellschaften und stillen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften. Verluste aus stillen Gesellschaften und stillen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, bei denen der Gesellschafter oder Beteiligte eine Kapitalgesellschaft ist und als Mitunternehmer anzusehen ist, sollen nur noch mit Gewinnen aus derselben Beteiligung verrechenbar sein. Hiermit sollen Umgehungsgestaltungen auf Grund der Streichung der Mehrmütterorganschaft verhindert werden. Betroffen hiervon sind jedoch nur juristische, nicht hingegen natürliche Personen

Zudem hat sich die Aufzeichnungspflicht verschärft. Verbundene nationale und internationale Unternehmen müssen zukünftig bei für sich erbrachten Leistungen nachprüfbar Aufzeichnungen führen. Damit soll eine ordnungsgemäße Prüfung von Verrechnungspreisen ermöglicht werden.

Eine wichtige Änderung betrifft den Gewerbesteuermessbetrag; Mutterunternehmen wird zukünftig der Gewerbesteuermessbetrag der Tochterkapitalgesellschaft zugerechnet, wenn deren Sitzgemeinde den Gewerbesteuerhebesatz von 200 Prozent unterschreitet. Damit sollen Gestaltungen – vor allem bekannt geworden aus dem schleswig-holsteinischen Norderfriedrichskoog – durch Hinzurechnung des Gewerbeertrages verhindert werden. Bei Personenunternehmen wird künftig bei Gewerbebetrieben in Steueroasen bei einem Hebesteuersatz unter 200 Prozent die Gewerbesteueranrechnung auf die Einkommensteuer versagt werden.

Der überwiegende Teil des reduzierten Steuervergünstigungsabbaugesetzes soll bereits Mitte dieses Jahres in Kraft treten.



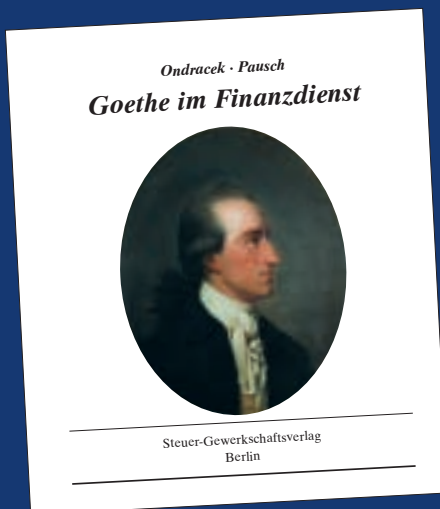
Tauschcke

- RINGTAUSCH: Welcher A9'er (g. D.) möchte aus Niedersachsen in ein anderes Bundesland wechseln und welcher A9'er (g. D.) möchte aus dem Bundesland nach Hessen wechseln? Bitte meldet Euch – wir versuchen einen Ringtausch zu organisieren. Tel. 0 61 01 / 58 01 06 oder 01 72 / 5 66 60 52.
- Steuerobersekretärin aus der OFD Köln (Kölner Finanzamt) sucht ab Januar 2004 Tauschpartner aus dem Bereich der OFD München.
- StOI aus dem Bereich der OFD Hamburg sucht einen Tauschpartner aus dem Bereich der OFD Hannover. Ein Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Tel. 04 1 31 / 85 02 69.
- StOI'in (A 10) aus Thüringen (OFD Erfurt) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus NRW (OFD Düsseldorf). Tel. 0 36 34 / 36 33 19 oder 03 61 / 3 80 45 54. E-Mail: sonjavoelker61@gmx.de.
- Sterobersekretärin A 7 sucht dringend aus familiären Gründen eine(n) Tauschpartner(in), welche(r) aus dem Geschäftsbereich Berlin in den Geschäftsbereich NRW wechseln möchte. Die Stelle in NRW wäre ab Oktober 2003 frei, da ich mich zurzeit im Erziehungsurlaub befinde. Bei Interesse bitte unter 0 330 56 / 2 78 66 melden.
- StOS'in aus der OFD Münster (FA Siegen) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner aus der OFD Düsseldorf (Abtl. Düsseldorf), Tel. 02 17 / 4 89 03 23.
- StOS'in aus Thüringen (OFD Erfurt) sucht aus familiären Gründen ab 01/2004 einen Tauschpartner/in aus Bayern (bevorzugt

FA Nürnberg oder Schwabach). Tel. 0 36 01 / 4562 52, E-Mail: andrea.restel@t-online.de.

- Steueramtfrau (A 11) aus Hessen sucht aus familiären Gründen Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz evtl. Ringtausch mit anderen Bundesländern, speziell Bayern und Niedersachsen. Tel. 0 69 / 25 45-23 46. E-Mail: MJNicklis@t-online.de
- Welche/r Steuersekretär/in aus dem Freistaat Sachsen möchte nach Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg wechseln? Tauschmöglichkeit/Ringtauschmöglichkeit gegeben. Meldet Euch bitte unter 0 45 41 / 88 21 36.
- StHS'in (m. D.) aus Hessen (OFD Frankfurt am Main) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Nordrhein-Westfalen (OFD Münster, OFD Düsseldorf oder OFD Köln). Versetzungsantrag ist gestellt.
- StI'in aus dem Land Brandenburg (OFD Cottbus) sucht Tauschpartner/in aus Ba-Wü, möglichst OFD Karlsruhe – auch Ringtausch (Tel. 01 79 / 1 12 38 19).
- StAI (m. D.) aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe), ggf. Ringtausch. Tel. 01 72 / 9 46 80 33. Versetzungsantrag ist bereits gestellt.
- StI'in (A 9) aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht eine/n Tauschpartner/in aus dem Raum Hamburg. Ggf. auch Ringtausch mit anderen Bundesländern (Tel. 01 73 / 1 95 00 58).
- StAF aus Hessen sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) – auch Ringtausch. Tel. 0 71 61 / 68 66 89
- Ich suche einen Tauschpartner, der aus der OFD Köln in die OFD Münster wechseln möchte. Auch Ringtausch. Bitte melden unter julia.kund@web.de.
- Suche dringend Tauschpartner (g. D.) aus NRW nach Sachsen-Anhalt (Finanzämter in Sachsen oder Thüringen sind schnell zu erreichen). Ringtausch über Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg möglich. Tel. 01 75 / 7 73 41 02.

Neuerscheinung 2003



Ondracek,
Pausch,
Goethe im
Finanzdienst,
Hardcover,
durchgehend
farbig illustriert,
144 Seiten,
10,- €,
ISBN 3-00-
011648-6

Ondracek · Pausch, Goethe im Finanzdienst
Ein Ausschnitt aus dem Staatsdienst des Dichters

Verfasst von Dr. Alfons Pausch und Jutta Pausch

Zu Bestellen über Tel.: 0 30 / 20 62 56-6 00
Steuer-Gewerkschaftsverlag, Berlin, ISBN 3-00-011648-6